

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer, Dr. Cap
und GenossInnen
betreffend Veröffentlichung von Parteispenden
eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 1

Mit einer offenkundig von der ÖVP ausgehenden Verleumdungskampagne wird im Zuge des Wahlkampfes versucht, die SPÖ mit der Behauptung anzuschwärzen, sie sei mit Spenden der BAWAG oder des ÖGB finanziert worden.

Schon seit Jahren fordert die SPÖ, zuletzt im Österreich-Konvent, dass Spenden an politische Parteien veröffentlicht werden sollen, und zwar von allen Parteien. Dies wurde von der ÖVP stets abgelehnt, im Präsidium des Österreich-Konvents zuletzt vom Präsident Dr. Andreas Khol und Klubobmann Herbert Scheibner. Der Grund ist ein offenes Geheimnis: Die massive finanzielle Unterstützung, die diese beiden Parteien von der Industriellenvereinigung und der Wirtschaft erhalten. Ausschließlich deren Interessen vertreten daher auch diese Parteien.

In so gut wie allen zivilisierten Staaten sind derartige Spenden zu veröffentlichen, damit klar ist, welche Interessen hinter einer Partei stehen und solche Verleumdungskampagnen wie die gegenwärtige gegen die SPÖ nicht möglich sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher, der Nationalrat wolle beschließen:

Entschliebung:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die folgendes beinhaltet:

- Verpflichtung aller Parteien, Spenden ab einer Höhe von 7.000 € zu veröffentlichen;
- mehrere Spenden ein und derselben natürlichen oder juristischen Person innerhalb eines Jahres werden zusammengerechnet, ebenso Spenden wirtschaftlich miteinander verbundener juristischer Personen;
- verstößt eine Partei gegen die Pflicht zur Veröffentlichung, wird ihre Parteienförderung in Höhe des doppelten Betrags der Spende gekürzt.

DVR 0636746